

Liebe Leserinnen und Leser,  
hier ist mein Bericht von der außerordentlichen Ratssitzung vom 10. Oktober 2017. Auf Antrag der FDP wurde der Tagesordnungspunkt „Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für den Grand Départ“ mehrheitlich in die nächste Ratssitzung verlagert.

### **Anträge**

Der Antrag der Linken, den Datenschutzbeauftragten als Ansprechpartner für Einwohner und Einwohnerinnen ansprechbar zu machen, fand keine Mehrheit.

Der Antrag der Linken, den Oberbürgermeister und die Verwaltung, auf die Regelungen der Gemeindeordnung hinzuweisen, die besagen, dass Beschlüsse des Rates - soweit sie nicht beanstandet worden, umgesetzt werden müssen, fand keine Mehrheit. Die CDU nahm nicht an der Abstimmung teil.

Auf Antrag von SPD, BÜ90 und FDP beauftragte der Rat einstimmig die Verwaltung, Flächen in Rheinnähe für urbane Gastronomie mit Strandcharakter zu prüfen: das Hafengelände oberhalb des Paradiesstrandes, die Park-Landzunge am Parlamentsufer oder andere geeignete Flächen.

Der Antrag der Linken, den Oberbürgermeister aufzufordern, anlässlich des 33. Internationalen Schießwettbewerbes „Kurfürst Jan-Wellem-Pokal“ keinen Empfang für das Bundeswehr Landeskommando NRW und den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr auszurichten und für solche Veranstaltungen keine städtischen Gelder auszugeben, fand keine Mehrheit.

Die CDU stellte den Antrag darzulegen, wie viele anerkannte Geflüchtete einen Antrag auf Familiennachzug gestellt haben und mit wie vielen Personen zu rechnen ist, die nach Düsseldorf kommen werden. Die Verwaltung erklärte, dass die Anträge in den Auslandsdependancen in den Herkunftsländern gestellt werden müssen. Insofern müsste über den Bund nachgefragt werden. Daraufhin zog die CDU den Antrag zurück.

Die CDU beantragte, die Verwaltung zu beauftragen, den Erhalt der Förderschulen sicherzustellen. Die Förderschulen sollten in die Vorarbeiten für die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung aufgenommen werden. Der Antrag wurde von SPd, BÜ90, FDP, Linken abgelehnt, weil am 5.3.2015 im Rat einstimmig ein Konzept beschlossen wurde, wonach nur die Förderschule Wrangelstraße geschlossen wurde, weil der Standort für eine andere Schule benötigt wurde. Alle anderen Förderschulen wurden mit Haupt- und Teilstandorten aufrecht gehalten. Kürzlich wurde am Sonderschulstandort Lohbachweg eine neue Mensa eröffnet.

Der Antrag der TP/FW, die RWE-Aktien baldmöglichst zu verkaufen, wurde mehrheitlich abgelehnt, weil durch den Haupt- und Finanzausschuss bereits 2016 beschlossen wurde, die Auflösung der Beteiligungsgesellschaften, die die RWE-Aktien enthalten, voranzubringen und zu einem günstigen Zeitpunkt die Aktien zu veräußern.

Der Antrag der CDU, Planungen zum Ausbau eines Shared-Mobility-Systems vorzunehmen und bis Sommer 2018 ein Gesamtkonzept zu entwickeln, worin alle Schritte zum Ausbau einer vernetzten Mobilität gebündelt und mit konkreten Zielvorgaben versehen werden, fand keine Mehrheit, da die multi-modale-Mobilität schon in der Umsetzung ist und der beantragte Mobilitätsinnovationsgipfel bereits am 11.10. stattfindet.

Der Antrag der Linken, den geplanten Bau einer Panzerfabrik in der Türkei durch Rheinmetall zu verurteilen und den Konzern aufzufordern, alle entsprechenden Planungen einzustellen sowie die Bundesregierung aufzufordern, von ihren Möglichkeiten Gebrauch zu machen, Waffenlieferungen in die Türkei zu stoppen und den Bau der Panzerfabrik zu verbieten, fand keine Mehrheit.

Der Antrag von BÜ 90, zu prüfen, ob jährlich ein Race am Rhein durchgeführt werden kann und die Erfahrungen aus dem durchgeführten Rad-Rennen sowie dem Grand Départ zu berücksichtigen, wurde auf Antrag der SPD in den Sportausschuss überwiesen.

Der Antrag von BÜ 90, Bäume im öffentlichen Raum, die gefällt werden müssen, künftig zu kennzeichnen und mit Banderolen zu versehen, die Informationen über den Fällgrund enthalten, wurde auf Antrag der SPD zur weiteren Beratung in den Ausschuss für öffentliche Einrichtungen überwiesen.

### **Verwaltungsvorlagen**

Der Rat beschloss hinsichtlich der **Haushaltssatzung für das Jahr 2017**, den Auflagen der Genehmigungsverfügung der Bezirksregierung vom 13.9. beizutreten. In der zu veröffentlichenden Haushaltssatzung wird der Begriff „Verringerung der Ausgleichsrücklage“ durch „Verringerung der allgemeinen Rücklage“ ersetzt. Der Gesamtbetrag der Kredite von der Holding zur Finanzierung von Investitionen im Kernhaushalt wird auf 0 gesetzt (weil durch das SEB-Geschäft genügend Liquidität kommt und Investitionen damit aus eigener Kraft finanziert werden können). In allen noch nicht festgestellten Jahresabschlüssen und in künftigen Haushaltsplanungen sind die der Multifunktionsarena Immobiliengesellschaft mbH & Co. KG zur Verfügung gestellten Beträge als Transferaufwand auszuweisen. Die Bezirksregierung hat in ihrer Verfügung darauf hingewiesen, dass die Ausgleichsrücklage (570 Mio Euro) seit der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2009 innerhalb von acht Jahren verbraucht wurde. Aus der Übertragung des Kanalnetzes auf den SEB ist ein Auffüllen der Ausgleichsrücklage wieder möglich. Die Bezirksregierung weist darauf hin, dass dringend der Fokus auf das permanent defizitäre „laufende Geschäft“ zu richten ist. Dabei müssen Aufwendungen und Erträge gleichermaßen in den Blick genommen werden. Insbesondere sind Subventionen, Standards und Projekte, die nicht mehr den finanziellen Rahmenbedingungen entsprechen, systematisch auf den Prüfstand zu stellen.

Die Kämmerin erläuterte im Zusammenhang mit der Übertragung des Kanalnetzes, dass derzeit Konditionsabfragen bei Banken, Versicherungen und Versorgungsfonds laufen mit dem Ziel, Kredite mit 30 Jahren Laufzeit und Zinssicherheit aufzunehmen. Die Kreditaufnahmen werden durch konkrete Investitionsmaßnahmen wie Schulen und Bäder in 2017 und 2018 belegt. Schul- und -erweiterungsbauten, die bisher über Mietmodelle finanziert wurden, werden zurückgekauft.

Der Rat beschloss die Erhöhung der **Gebühren für Handwerkerparkausweise** zum 1.10.2017 von 10,20 auf 50 Euro, zum 1.1.2019 auf 100 Euro und zum 1.1.2020 auf 150 Euro pro Jahr. Andere Großstädte erheben bereits jetzt 150 bis 600 Euro/Jahr. Ein Antrag der CDU, die Gebühren nicht zu erhöhen, ein Online-Antragsverfahren bei der Stadt und in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft einzuführen, fand keine Mehrheit, nachdem die Verwaltung erklärt hatte, dass ein Online-Antragsverfahren in Vorbereitung ist.

Der Rat nahm den **Abschlussbericht der Kulturentwicklungsplanung**, der von der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. im Auftrag des Rates erstellt wurde, zur Kenntnis und beauftragte auf Antrag von SPD, BÜ 90, FDP gegen die Stimmen von CDU, Rep

AfD die Verwaltung, aus den vorgestellten priorisierten Maßnahmen vorrangig zu erarbeiten:

- Entwicklung eines Aufgabenprofils und darauf aufbauend ein Umsetzungskonzept zur Personal- und Organisationsentwicklung der Kulturverwaltung, welches die Schaffung ämter- und spartenübergreifender Synergien berücksichtigt
- Entwicklung von zeitgemäßen und transparenten Förderrichtlinien
- Aufbau und Begleitung des Rates der Künste sowie die Fortführung der Kommunikationsprozesse und Koordination des Kulturentwicklungsplanes.

Anschließend werden die weiteren priorisierten Maßnahmen auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft und die Ergebnisse dem Kulturausschuss zur Beratung vorgelegt. Die Handlungsfelder sind „Kulturpolitik, Kulturverwaltung und Kulturförderung - Grundlagen für eine nachhaltige Kulturentwicklung schaffen“, „Kulturelle Infrastruktur und Konzepte – Kunst und Kulturarbeit in Düsseldorf dauerhaft stärken und modellhafte Ansätze ermöglichen“ und „Kulturelle Teilhabe und Kulturkommunikation - transkulturelle Öffnung, Vermittlung und Sichtbarkeit durch Vernetzung und Ermächtigung ermöglichen“.

Der Rat beschloss gegen TP/FW die **Neufassung der Hundesteuersatzung** zum 01.01.2018. Ab dem 01.01.2018 werden mehrjährige nummerierte Hundesteuermarken ausgegeben, die die derzeitigen jährlichen Hundesteuermarken ersetzen. Zukünftig wird bei Anmeldung eines Hundes ein Dauerbescheid erteilt, der die jährlich zu erstellenden Bescheide ersetzt. Der Katalog der für eine Steuerbefreiung relevanten Merkzeichen im Schwerbehindertenausweis wird ausgeweitet, neue Steuertatbestände im Zusammenhang mit den sog. „Kampfhunden“ werden aufgenommen, wenn mehrere „Kampfhunde“ bzw. mehrere „Kampfhunde“ gemeinsam mit „normalen“ Hunden gehalten werden. Dies wird als ordnungspolitische Maßnahme ohne relevante Auswirkung auf die Steuereinnahmen gesehen. Ein Änderungsantrag der Fraktion TP/FW fand keine Mehrheit.

Der Rat beauftragte die Verwaltung entsprechend der „Richtlinie **Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus** in der Bundesrepublik Deutschland“ und der „Richtlinie des Landes Nordrhein-Westfalen zur Kofinanzierung des Bundesprogramms“ einen Antrag auf Förderung zu stellen. Der Eigenanteil von bis zu 1,5 Mio. EUR wird hälftig in den Jahren 2019 und 2020 aus laufenden Haushaltsmitteln bereitgestellt und bei der Haushaltsplanaufstellung im Jahr 2018 für 2019ff entsprechend berücksichtigt.

Darüber hinaus wird ein weiterer Förderantrag mit einem Volumen von 150.000,- EUR für die Koordination des Breitbandausbaus gegenüber dem Land gestellt. Nach Bewilligung wird hierüber die Stelle eines Breitbandkoordinators für max. drei Jahre finanziert, die befristet extern ausgeschrieben wird. Ziel ist der Glasfaserausbau insbesondere in unterversorgten Gewerbegebieten, in denen in den nächsten drei Jahren kein marktgetriebener Ausbau erfolgt. Voraussichtlich sind 980 Adressen in Gewerbegebieten einschl. Schulstandorten förderfähig. Ein Ergänzungsantrag des Piraten fand keine Mehrheit.

Der Rat beschloss, eine aus sechs Mitgliedern bestehende „**Kleine Kommission Schauspielhaus**“ einzurichten, die von den Fraktionen benannt werden (die CDU nahm an der Abstimmung nicht teil). Die Kommission hat beratende Funktion im Zusammenhang mit Baumaßnahmen bezüglich des Schauspielhauses am Gustaf-Gründgens-Platz 1. Sie tagt regelmäßig, wenn es die Geschäftslage erfordert, beginnend ab Oktober 2017 oder wenn mindestens drei Fraktionen eine Sitzung verlangen. Ziel ist die Vorbereitung von zeitnahen Entscheidungen zur Optimierung der terminlichen, finanziellen und qualitativen Umsetzung der Fassaden- und Dachsanierung und zur Vorbereitung zukünftiger Ratsbeschlüsse. Sie dient zudem der Sicherstellung einer

kontinuierlichen Informationsvermittlung und damit eines transparenten Verfahrens. Die Fraktionen entsenden je ein Mitglied ihrer Fraktion. Außerdem benennen sie jeweils eine/n persönliche/n Vertreter/in für den Verhinderungsfall.

Ein Änderungsantrag der CDU, das Verhältniswahlrecht nach Hare-Niemeyer anzuwenden mit der Folge, dass die kleinsten Fraktionen keinen Sitz in der Kommission hätten, fand keine Mehrheit.

### **Investitionen**

Der Rat beauftragte gegen die Linken bei Enthaltung TP/FW die Verwaltung, die Veräußerung der **Liegenschaft Marktplatz5/6** im Rahmen eines Bieterverfahrens vorzubereiten, optional soll der Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages vorbereitet werden. Für die ausgelagerten Büronutzungen der Stadtkasse, des Steueramtes sowie der Geschäftsbuchhaltung soll eine organisatorisch und wirtschaftlich sinnvolle Ersatzlösung gesucht werden. Die Bedarfsbeschlüsse zur Gesamtanierung aus 2014 und 2016 wurden aufgehoben. Für das Bieterverfahren wird ein Zeitraum von 15 Monaten vorgesehen.

Der Rat nahm die Ergebnisse der **Untersuchung des Verwaltungsstandorts Technischer Rathauskomplex** zur Kenntnis. Eine Sanierung würde rd. 4 Jahre dauern und Kosten von rd. 85 Mio Euro verursachen. Es müßten rd. 25.000 qm Flächen interimweise angemietet werden. Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit den weiteren **Planungen eines Neubaus eines Technischen Verwaltungsgebäudes an geeigneter Stelle mit Platz für 1800 Büroarbeitsplätze**. Es wird ein Kostenrahmen von 130 Mio Euro ermittelt zuzüglich ggf. Grundstückskosten von ca. 30 Mio Euro. Im Rahmen einer Standortanalyse ist zu klären, wo die zentrale Bündelung der technischen Verwaltungsdienstleistungen am besten umzusetzen ist. Weiterhin sollen die Optimierungspotenziale einer Realisierung z.B. im Rahmen eines ÖPP-Modells gegenüber einer Eigenrealisierung ermittelt werden. Außerdem soll im Rahmen eines Nachnutzungskonzeptes geklärt werden, welche städtebaulichen und wohnungspolitischen Ziele sich am bisherigen Standort verwirklichen lassen. Ein Änderungsantrag des Piraten, die Planungen am jetzigen Standort durchzuführen, fand keine Mehrheit.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,  
Email: [helgaleibauer@arcor.de](mailto:helgaleibauer@arcor.de)